

## **Medienmitteilung vom 21. August 2012**

### **Delegiertenversammlung Grüne Kanton Bern vom 21. August 2012 Kein grösserer Grimselsee vor Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg**

**In der Septembersession 2012 befindet der Grosse Rat über die für die Erhöhung der Staumauer am Grimselsee notwendige Konzessionsänderung. Im Wissen um die Brisanz des Themas widmeten die Grünen Kanton Bern ihre Delegiertenversammlung vom 21. August der Diskussion der verschiedenen Beweggründe für und gegen die Staumauererhöhung. In Hinblick auf die Debatte im Grossen Rat verabschiedeten die Delegierten eine Resolution.**

Die Grünen und ihre Vorgängerorganisationen verbindet eine lange Geschichte mit dem Widerstand gegen das Ausbauprojekt an der Grimsel. Innerhalb der Grünen bestehen – mit berechtigten Argumenten – verschiedene Positionen zum Projekt. Die der Staumauererhöhung positiv gegenüberstehenden Grünen weisen darauf hin, dass für eine zu 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung zusätzliche Speicherkapazitäten (namentlich für die Verlagerung der Sommer- zur Winterproduktion) notwendig seien. Mit der Vergrößerung des Grimselsees könne ein Teil davon in einem bereits verbauten und technisierten Gebiet zu wirtschaftlich und ökologisch günstigen Konditionen geschaffen werden. Die der Staumauererhöhung ablehnend gegenüberstehenden Grünen argumentieren, dass mit der Erhöhung der Staumauer kein zusätzlicher Strom gewonnen werde. Die Schaffung allenfalls nötiger Speicherkapazitäten solle (vorerst) an Orten erfolgen, wo keine verfassungsrechtlich geschützten Landschaften tangiert werden. Und solange der Ausstieg aus der Atomenergie nicht erfolgt sei, gehe es nicht an, einmalige Landschaften irreversibel zu zerstören.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern nach einer fairen aber engagierten Debatte eine Resolution. Die Grünen Kanton Bern halten darin fest, dass ein höherwertiges, nationales Interesse für die Erhöhung der Grimselsee-Staumauer höchstens dann vorliegt, wenn einerseits verbindliche und rechtlich abgestützte Beschlüsse über den endgültigen Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie vorliegen und andererseits zumindest das AKW Mühleberg definitiv vom Netz genommen ist. Der Atomausstieg darf nicht nur als argumentative Floskel verwendet werden, sondern ist rechtlich abzustützen.

#### **Parolen für die Abstimmungen vom 23. September 2012**

Die Delegierten beschliessen die Nein-Parole zur eidgenössischen Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ und die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung sowie zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“.

Bei der Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen beschliessen die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zur Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes. Die moderate Lockerung der verfassungsrechtlichen Bestandesgarantie fördert einfachere und effizientere Gemeindestrukturen.

Beim kantonalen Steuergesetz wurde einstimmig die Ja-Parole zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» beschlossen, welche die Grünen mitlanciert haben. Zum Gegenvorschlag des Grossen Rates beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole.

Beim Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge beschlossen die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zur Vorlage des Grossen Rates und die Nein-Parole zum Volksvorschlag. Mit dem Volksvorschlag würde Bern die Chance einer zukunftsweisenden ökologischen Motorfahrzeugsteuer verpassen und weitere Abbaumassnahmen wie die Streichung von Schullektionen oder die Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs liessen sich angesichts der finanziellen Situation des Kantons nicht verhindern.

### **SchülerInnen und Lehrpersonen stärken**

In einem einleitenden Referat zog Regierungsrat und Erziehungsdirektor Bernhard Pulver Bilanz über die vergangenen Jahre Regierungsarbeit und wagte einen Blick in die Zukunft. Bernhard Pulver betonte, dass der Fokus nun auf einer Stärkung des Lehrpersonals liegen müsse: „Eine gute Schule steht und fällt mit motiviertem Lehrpersonal. Dazu gehört auch der Lohn.“ Deshalb sei die Etablierung eines gesicherten Gehaltsaufstiegs für Lehrpersonen eine der grossen Herausforderungen für die zweite Legislaturhälfte.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern: 079 263 47 68